

YOUTH CAN! WARUM SICH DEUTSCHLAND FÜR EINE AUFGEKLÄRTE UND GESUNDE JUGEND IN AFRIKA ENGAGIEREN SOLLTE

Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) verabschiedet, die bis 2030 umgesetzt werden sollen. Insbesondere in Afrika südlich der Sahara ist es für die Umsetzung der SDGs von zentraler Bedeutung, dass die große Jugendgeneration ein selbstbestimmtes, gesundes und produktives Leben führen kann. Etwa ein Drittel der Bevölkerung in der Region ist derzeit zwischen zehn und 24 Jahre alt. An diesen jungen Menschen wird sich entscheiden, ob es den Ländern Afrikas südlich der Sahara gelingt, Armut, Kriege und Hungersnöte langfristig hinter sich zu lassen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Wohlstand und Frieden zu garantieren.

Dafür müssen die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden: Die heutige Jugendgeneration braucht eine gute Gesundheitsversorgung, insbesondere im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, und eine gute Bildung, die auch Sexualaufklärung umfasst. Sie muss zudem die Möglichkeit haben, Berufe zu erlernen und menschenwürdige Arbeitsplätze zu finden.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu den SDGs bekannt und in einer Vielzahl internationaler Abkommen zugesagt, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) weltweit voranzutreiben. Die von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) vorgelegte Studie „Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte“ untersucht, ob die deutsche Entwicklungszusammenarbeit diesem Anspruch insbesondere für Jugendliche gerecht wird.

Die Ergebnisse zeigen unter anderem Handlungsbedarf bei folgenden Themen:

Engagement im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte stärken

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich bereits seit Jahrzehnten für die Stärkung von SRGR. Deutschland ist in absoluten Zahlen zwar eines der wichtigsten Geberländer. Dieser Bereich hat jedoch verglichen mit anderen Sektoren in den vergangenen Jahren in der bilateralen Zusammenarbeit an Gewicht verloren. Auch im Vergleich zu anderen Ländern fallen Deutschlands Mittelzuwächse für SRGR gering aus (siehe Abb. 1).

ABB. 1: DEUTSCHLANDS ENGAGEMENT NUR LEICHT GESTIEGEN

Entwicklung der finanziellen Zusagen der zehn größten DAC-Geberländer an Entwicklungsländer im Sektor „Bevölkerungspolitik/-programme und reproduktive Gesundheit“, in Fünfhresschritten, Index: 1996 bis 2000 = 100 Prozent

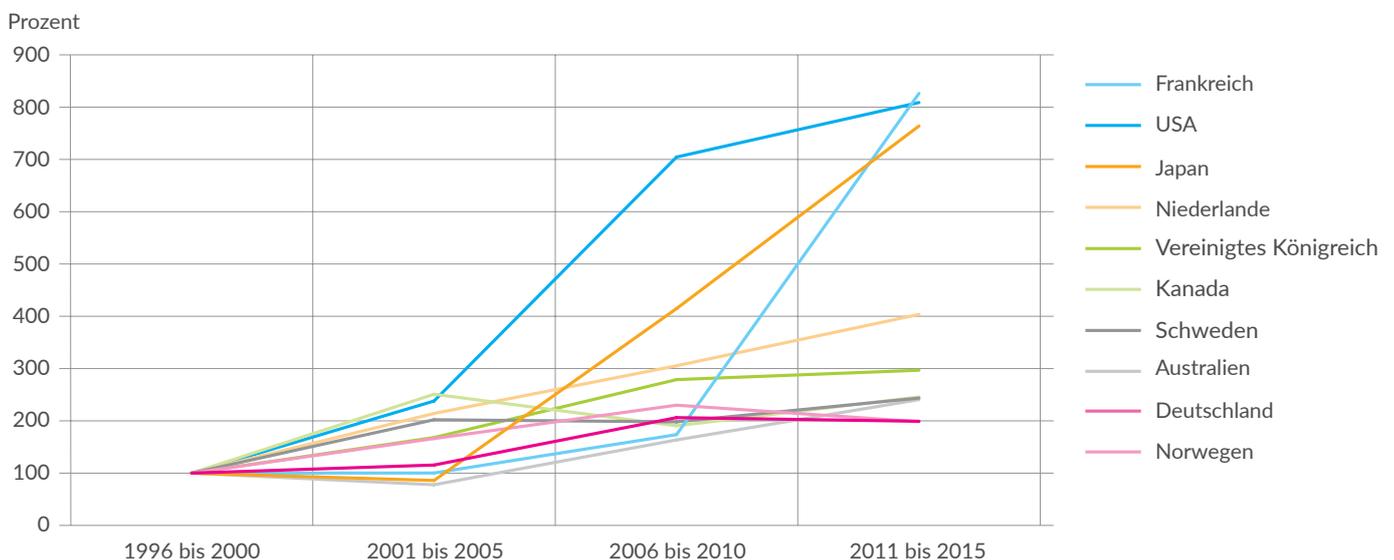
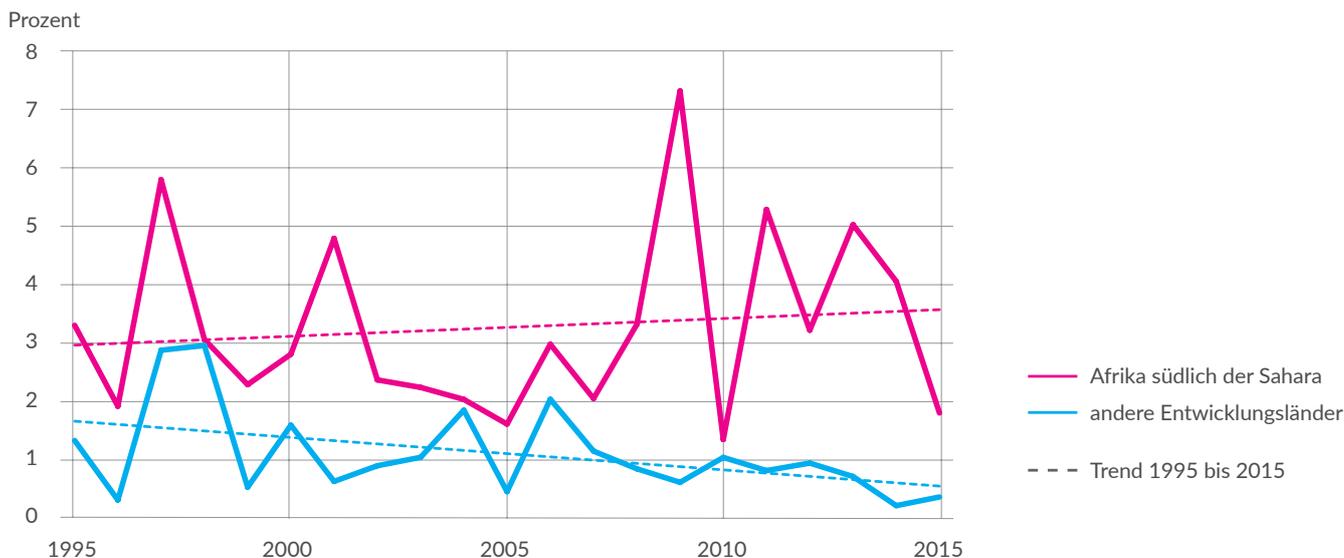


ABB. 2: HÖHERER STELLENWERT FÜR SRGR IN AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Prozentualer Anteil der finanziellen Zusagen Deutschlands für den Sektor „Bevölkerungspolitik/-programme und reproduktive Gesundheit“ an allen bilateralen Zusagen für die Länder Afrikas südlich der Sahara sowie für alle anderen Entwicklungsländer, jährlich und im Trend 1995 bis 2015



Datengrundlage: OECD*, eigene Berechnungen

Fokus auf Jugendliche ausbauen

In der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika südlich der Sahara haben SRGR dagegen an Stellenwert gewonnen (siehe Abb. 2). Der Fokus auf Jugendliche könnte allerdings noch ausgebaut werden.

Aus den Ergebnissen dieser Studie leiten sich unter anderem folgende Forderungen an die neue Bundesregierung und den Bundestag ab:

- Deutschland muss seine jahrzehntealte Zusage einlösen und mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen. Nach Berechnungen des Dachverbands der deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen VENRO sind zusätzliche Mittel in Höhe von 17,8 Milliarden Euro bis 2020 notwendig, um das 0,7-Prozent-Ziel bis dahin zu erreichen.¹
- Diese Mittelerhöhungen sollten unter anderem dafür genutzt werden, mehr in SRGR zu investieren. So sollte der deutsche Beitrag an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und die International Planned Parenthood Federation (IPPF) mindestens verdoppelt werden. Deutschland sollte sich zudem der Initiative „She Decides“ anschließen, die es sich zum

Ziel gesetzt hat, die seit dem Regierungswechsel in den USA wachsende Finanzierungslücke für den Bereich SRGR zu schließen.

- SRGR muss sowohl eigenständiges Schwerpunktthema der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit, als auch integraler Bestandteil der Strategien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu Gesundheit und zur Gleichstellung der Geschlechter bleiben.
- Erfolge im SRGR-Bereich sind nur denkbar, wenn sich auch die Regierungen der Partnerländer dem Thema verschreiben. Im politischen Dialog mit ihnen sollte das BMZ deshalb eindringlicher als bisher die Zusammenarbeit zu SRGR anbieten. Hierfür müssen die Mitarbeitenden des BMZ darin geschult werden, für Themen wie den Zugang zu jugendfreundlichen Gesundheitsdienstleistungen, HIV-Prävention, modernen Verhütungsmitteln sowie umfassender Sexualaufklärung für alle Jugendlichen, unabhängig von der Zustimmung Dritter, zu werben.

Weitere Ergebnisse der Studie „Youth Can! Warum sich Deutschland für eine aufgeklärte und gesunde Jugend in Afrika engagieren sollte“ und Forderungen an die Bundesregierung und den Bundestag finden Sie unter www.dsw.org/youthcan-studie

¹ SEEK Development (2017). Die Entwicklung der deutschen ODA bis 2020: Was muss die Bundesregierung tun, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen? Hrsg.: VENRO. Berlin (27.11.17).